

## Kuchen für alle

Beglückung oder Unterdrückung? Die Globalisierungsdebatte revisited

Philip Plickert | Der Streit, ob die Globalisierung zu Ausbeutung führt oder Chancen auf Wohlstand schafft, geht in die nächste Runde. „Verteidigung der Globalisierung“ betitelt der Ökonom Jagdish Bhagwati sein jüngstes Werk. Doch steigende Preise für Rohstoffe, Energie und Lebensmittel signalisieren, dass die Globalisierung Opfer des eigenen Erfolgs wird. Was tun?



Jagdish N. Bhagwati: *Verteidigung der Globalisierung*. Mit einem Vorwort von Joschka Fischer. Pantheon 2008, 528 Seiten, 16,95 €

Schlag nach bei Karl Marx: „Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnten Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel“, schrieb der Sozialphilosoph vor rund 160 Jahren im „Kommunistischen Manifest“ und folgerte: „Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation.“ Für Marx, der die ungeheure Dynamik des Kapitalismus zum Teil richtig erkannte (wenn er daraus auch völlig irrierte Schlüsse zog), war die Globalisierung eine zivilisierende Kraft! „Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt.“

Inzwischen schießen die Chinesen mit wohlfeilen Preisen derartig zurück, dass sich viele im Westen, vor allem in Amerika, neue Schutzzoll-Mauern wünschen. Auch in einigen

Entwicklungsländern schwindet der Glaube, dass Freihandel grundsätzlich erstrebenswert ist; man sträubt sich dagegen, seine Märkte für die Weltkonkurrenz zu öffnen.

### Mythos Ausbeutung

Ohnehin kennen viele Kritiker nur einen Gewinner von Globalisierung und Freihandel: die reichen Länder, die von ungerechten wirtschaftlichen Machtverhältnissen profitieren und die armen Länder ausbeuten. Ist das wirklich so? Tatsächlich ist die Globalisierung eine große Chance für die Armen, endlich ein Stück vom großen Kuchen der Weltwirtschaft zu ergattern. Der indisch-amerikanische Ökonom Jagdish Bhagwati vertritt diese Überzeugung mit Verve. Gestützt auf Theorie und Empirie belegt Bhagwati, der in den fünfziger Jahren als junger Ökonom die indische Regierung beraten hat und heute an der Columbia University in New York lehrt, dass die Vorteile der Globalisierung deren

Nachteile weit überwiegen. Durch Freihandel, die Expansion multinationaler Konzerne und deren Direktinvestitionen wird die internationale Arbeitsteilung ausgeweitet. Das bringt Chancen auf Teilhabe an einem global wachsenden Wohlstand.

So ist die Zahl der in bitterster Armut lebenden Menschen – trotz des Bevölkerungswachstums – im vergangenen Vierteljahrhundert um ein Viertel gesunken. Das ergab die im August veröffentlichte neueste Erhebung der Weltbank. Im Jahr 1981 gab es 1,9 Milliarden, im Jahr 2005 nur noch 1,4 Milliarden Menschen, die am Tag mit weniger als 1,25 Dollar auskommen müssen (die bisherige Messlatte von einem Dollar wurde entsprechend der Inflation angehoben). Besonders stark ging die Massenarmut in Südostasien zurück, wo sich große Volkswirtschaften der internationalen Wirtschaft geöffnet haben. Allein in China verringerte sich die Zahl der Armen von 835 Millionen auf 200 Millionen. Dagegen hat sich die Zahl der Armen in Afrika auf fast 400 Millionen verdoppelt.

In den von der Globalisierung erfassten Entwicklungs- und Schwellenländern wächst der Wohlstand, während diejenigen Länder, vor allem in Afrika, arm bleiben, die an der Weltwirtschaft wenig oder gar nicht teilnehmen. Die vermeintliche Ausbeutung der Entwicklungs- und Schwellenländer ist ein Mythos, zeigt Bhagwati. Er verweist auf empirische Studien, wonach die von multinationalen Konzernen gezahlten Löhne meist deutlich über dem ortsüblichen Tarif in den Entwicklungs- und Schwellenländern liegen. Daher reißen sich die Menschen um Arbeit in den

von ausländischen Investoren errichteten Fabriken – weil es dort allemal besser ist als in ihren traditionellen Beschäftigungsverhältnissen in der Landwirtschaft.

Das Phänomen der Kinderarbeit ist nicht erst mit der Globalisierung aufgetaucht. Schon früher gingen in armen Ländern viele Minderjährige (vermutlich mehr als heute) zur Arbeit statt zur Schule. Wie Bhagwati betont, würde ein simples Verbot der Kinderarbeit diese kaum beseitigen und die Probleme wohl noch verschärfen, da es dazu führen würde, „dass arme Eltern ihre Kinder heimlich zur Arbeit und häufig in noch schlimmere ‚Beschäftigungsverhältnisse‘ schicken, etwa in die Prostitution“. Der steigende Wohlstand hat in vielen Schwellenländern zu einem Rückgang der Kinderarbeit und zu einer höheren Schulbesuchsquote geführt. Auch hat sich die Lage von Frauen verbessert, je mehr die



zuvor in traditionellen Verhältnissen erstarrten Gesellschaften sich dem internationalen Wettbewerb stellen. Zudem fördert die mit der Globalisierung verbundene Öffnung tendenziell politische Reformen: Nach dem durch den US-Ökonomen Albert Hirschman entwickelten Modell von „Exit“ und „Voice“ wird politischer Protest („Voice“) gegen Missstände erst dann wirkungsvoll, wenn eine Abwanderungsoption (die Drohung mit „Exit“) besteht.

### Opfer des eigenen Erfolgs?

Dass wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration zu Wohlstand führen, hatte schon 1776 der Brite Adam Smith erkannt. Später sprach David Ricardo von „komparativen Kostenvorteilen“, die jedes Land habe und ausnutzen solle. Nach der Aufhebung der britischen Importzölle auf Getreide und andere Produkte zur Mitte des 19. Jahrhunderts erhielt der Freihandel gewaltigen Auftrieb. Hinzu kamen die Erfindungen von Eisenbahn, Dampfer und Telegraph, die Raum und Zeit schrumpfen ließen.

Sei die frühere Globalisierung hauptsächlich durch den technischen Fortschritt getrieben gewesen, schreibt Bhagwati, so gewinne sie heute durch sinkende Informations- und Transportkosten an Tempo. Hinzu muss ein starker politischer Impuls kommen, Handels- und Investitionsschranken niederzureißen. „Diese Tatsache“, so Bhagwati, „drängt uns allerdings eine beunruhigende Erkenntnis auf: Regierungen, die die Globalisierung beschleunigen können, können sie ebenso gut auch umkehren.“

So erschallt häufig in der Globalisierungsdebatte der Ruf nach interna-

tional verbindlichen Sozial- und Arbeitsstandards, besonders von Gewerkschaftsseite. Würden diese einen „fairen Wettbewerb“ und „fairen Handel“ unter „gleichen Bedingungen“ bringen? Ökonomen sind skeptisch. Auch Bhagwati deutet an, dass vom Westen geforderte Mindeststandards die Entwicklungschancen der aufstrebenden Länder behindern könnten. Oft verbirgt sich hinter dem Ruf nach Sozialstandards nur der Wunsch, der billigen Konkurrenz zu schaden, indem ihr teure Regulierung aufgezwungen wird („raising rivals' costs“ nennen Ökonomen das, was auch in der EU unter dem Stichwort der „Harmonisierung“ versucht wird). Damit soll dem Wettbewerber ein „komparativer Kostenvorteil“ genommen werden. Der Markt als Wohlstandsmotor lebt aber davon, dass es unterschiedliche und vielfältige Standorte gibt.

In ihrer jüngsten Phase scheint die Globalisierung Opfer des eigenen Erfolgs zu werden: Über gut 20 Jahre hat sie sinkende Preise gebracht; nun aber verkehrt sich diese Entwicklung ins Gegenteil. Da mit der wachsenden Wirtschaft viel mehr Menschen als je zuvor zu Wohlstand gekommen sind, steigen ihre Konsumbedürfnisse und die globale Nachfrage. Das führt zu einer Überbeanspruchung begrenzter Ressourcen und zu einem dramatischen Anstieg der Preise für Rohstoffe, Energie und Lebensmittel.

Der Preis für Reis, Ernährungsgrundlage für rund drei Milliarden Menschen vor allem in Asien, hat sich in kurzer Zeit verdoppelt. Die Inflation der Lebenshaltungskosten droht, die Erfolge im Kampf gegen den Hunger zunichte zu machen. Einige asiatische und afrikanische Staaten haben

darauf mit Exportquoten reagiert: Die Ausfuhr soll gedrosselt werden, damit mehr für den Verbrauch im Inland bleibt. Doch damit verschärft sich anderswo die Lebensmittelknappheit.

Sorgen um die Ernährungssicherheit waren es, die jüngst die Doha-Runde zur Liberalisierung des Welt Handels in eine Sackgasse führten. Die WTO-Gespräche in Genf scheiterten Ende Juli vordergründig an der Forderung Indiens, einen Zoll von bis zu 30 Prozent auf importiertes Getreide zu erheben, falls die Einfuhr einen bestimmten Schwellenwert übersteige. Das diene dem Schutz der 700 Millionen Kleinbauern des Subkontinents, erklärte Indiens Handelsminister Kamal Nath.

Dabei spielt eine wichtige Rolle, dass die landwirtschaftliche Produktion in Europa und Amerika nach wie vor durch Subventionen künstlich verbilligt wird und dadurch der Wettbewerb verzerrt ist. Die europäische Agrarpolitik, die es ermöglicht, subventionierte Produkte auf fremde Märkte zu werfen, ist mitschuldig am Elend in Afrika, wo sie die Entwicklung der einheimischen Agrarproduktion behindert. Zwar hat die EU in den jüngsten WTO-Gesprächen einer Senkung der Höchstsätze der Importzölle auf Agrarprodukte um durchschnittlich 60 Prozent zugestimmt und einen Abbau von vier Fünfteln der Subventionen in Aussicht gestellt. Die Vereinigten Staaten boten an, die Höchstgrenze der marktverzerrenden Subventionen auf 15 Milliarden Dollar zu beschränken. Doch diese Zugeständnisse waren insgesamt nicht ausreichend.

Es könnte ein Befreiungsschlag für die Weltwirtschaft werden, wenn die EU unilateral sämtliche Agrarimportzölle abschaffen und zugleich die Subventionen für die Landwirtschaft auf ein Minimum senken würde. Der Zeitpunkt dafür scheint günstig, denn gegenwärtig sind die Preise so hoch, dass niedrigere Zölle auf breite Zustimmung der Verbraucher und vergleichsweise geringen Widerstand der Bauernverbände trafen (auch die Entscheidung der britischen Regierung zur Aufhebung der Getreideimportzölle, der „Corn Laws“, 1846 fiel in eine Zeit sehr hoher Preise).

Eine vollständige Aufhebung aller Einfuhrzölle hätte drei Effekte: Erstens würde sie die Lebensmittelpreise in Europa senken und die Teuerung dämpfen. Zweitens ergäben sich für die Exportwirtschaft der Entwicklungsländer bessere Chancen auf Teilhabe am Wohlstand, wodurch, drittens, der Migrationsdruck auf Europa abnähme. Deutschland sollte sich als Hauptprofiteur der Globalisierung und der wachsenden Weltwirtschaft für einen Beschluss der EU zu einer vollständigen, unilateralen Abkehr von Zöllen einsetzen. Das würde der Globalisierung einen Schub in die richtige Richtung geben.



Dr. PHILIP PLICKERT  
ist Wirtschafts-  
redakteur der  
*Frankfurter  
Allgemeinen Zeitung.*

## Wem die Stunde schlägt

Vier Neuerscheinungen über ein Land am Scheideweg

Stephan Bierling | Was kommt nach Bush? Erwartet uns „das Ende der Neokonservativen“ (Paul Krugman), entscheidet die Religion die Wahl, oder ist all das in einer „postamerikanischen Welt“ ohnehin nur noch von begrenzter Relevanz? Prognosen am Vorabend der US-Präsidentenwahlen.



**Matthias Rüb:**  
*Gott regiert Amerika. Religion und Politik in den USA.* Wien: Paul Zsolnay Verlag, 2008, 240 Seiten, 17,90 €

Es kam nicht von ungefähr, dass die Präsidentschaftskandidaten McCain und Obama noch vor ihren drei großen TV-Debatten Rick Warren Rede und Antwort standen. Warren ist Chef der Saddleback Church, einer der größten Megakirchen der USA, zu deren Gottesdiensten Woche um Woche 22000 Besucher strömen. Ein Auftritt bei ihm macht einen Präsidentschaftskandidaten akzeptabel für die vielen Millionen evangelikalen Christen, mit deren Hilfe Bush zweimal ins Weiße Haus einzog. Matthias Rüb argumentiert, auch Amerikas Außenpolitik sei nur zu verstehen, wenn man um die prägende Kraft der Religion wisse. Ohne judeo-christlich motivierte Überzeugung, die eigenen Werte von Freiheit und Demokratie in einer Art Weltmission verbreiten zu müssen, so der langjährige USA-Korrespondent der *FAZ*, bleiben Antiterror- und Irak-Krieg unbegreifbar. In zwölf lesenswerten Reportagen, die Evangelikale, Mormonen, Katholiken, Juden und Muslime behandeln, zeich-

net Rüb ein aufschlussreiches, immer wieder überraschendes Bild von der Rolle der Religion in der frömmsten Industrienation der Erde. Von ihrer Wirkung auf die amerikanische Außenpolitik ist allerdings nur mehr am Rande die Rede.

Nichts weniger als ein neues linkes Manifest will Paul Krugman schreiben. Und wie es sich für einen der herausragenden amerikanischen Volkswirtschaftler gehört, steht die Ökonomie, genauer: die zunehmende Ungleichheit der Vermögens- und Einkommensverteilung in Amerika im Mittelpunkt seiner Analyse. Es sei die „große Kompression“ der 1930er und 1940er Jahre gewesen, so Krugman, durch welche die Wohlstandsschere in den USA so sehr zusammengeschnürt sei, dass eine Politik der Mitte möglich wurde. Ursache dafür seien die hohe Besteuerung der Spitzeneinkommen und Erbschaften, starke Gewerkschaften sowie ausgedehnte Umverteilungsmaßnahmen gewesen. Seit der konservativen Revolution der frühen



1980er Jahre wachse die Ungleichheit aber wieder, weil es den Republikanern gelungen sei, massive Steuersenkungen für die Reichen durchzusetzen. Dass sie überhaupt Mehrheiten für diese Politik bei Wahlen gewinnen konnten, habe an ihrer Instrumentalisierung rassistischer Intoleranz und des religiösen Fundamentalismus gelegen. Wollten die Demokraten die Polarisierung der US-Politik überwinden, so Krugman, müssten sie zu denselben Mitteln greifen wie einst Stammvater Roosevelt und der Ungleichheit den Kampf ansagen: durch Steuererhöhungen für die Reichen sowie durch soziale Absicherung der Mittelschicht mit einer neuen staatlichen Krankenversicherung.

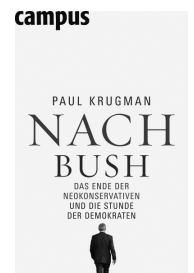
Durch seine wöchentlichen Kolumnen in der *New York Times* hat sich Krugman in den letzten Jahren als linkes Gewissen der Nation profiliert, und seine Verbitterung über Bush & Co. durchzieht das Buch. Wie viele Linke sucht er das Heil in Europa: Dessen Sozialstaat verhindere politische Konfrontation und garantiere den Zusammenhalt der Gesellschaft. Dabei blendet Krugman aus, dass auch in Europa die Ungleichheit steigt, die politische Polarisierung wächst und der Preis für hohe Löhne und Sozialabgaben vielerorts eine bedrückende strukturelle Arbeitslosigkeit von zehn Prozent und mehr ist. Aber politische Manifeste dürfen, selbst wenn sie von Spitzenökonomern geschrieben sind, eben nicht allzu sehr differenzieren.

Optimistisch betrachtet derweil Fareed Zakaria die Zukunft Amerikas. Zwar sieht Zakaria, der als Student aus Indien nach Amerika kam und es zum Herausgeber von *Newsweek International* brachte, die Welt-

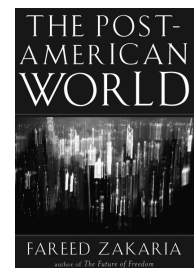
politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts in einem Umbruchprozess, der nur mit dem Aufstieg Europas vor 500 oder dem der USA vor 100 Jahren zu vergleichen sei. Auch meint er, das rasant wachsende ökonomische und politische Gewicht von Schwellenländern wie China und Indien, denen er eigene Kapitel widmet, werde die globalen Machtverhältnisse grundlegend verändern.

Doch selbst wenn die Vereinigten Staaten relativ an Macht verlören, seien sie nicht notwendigerweise auf dem absteigenden Ast. Dazu müssten sie aber lernen, nicht so viel Energie für zweitrangige Herausforderungen wie den internationalen Terrorismus und die Einwanderungspolitik zu vergeuden. Wollten die USA auch in der postamerikanischen Ära der zentrale globale Akteur bleiben, sollten sie sich auf ihre Stärken besinnen und die Rolle als dominanter Hegemon gegen die eines ehrlichen Maklers eintauschen, ihre Macht teilen, Koalitionen bilden, ihre Legitimität erhöhen und die globale Agenda definieren. Das ist alles gut und richtig, und man hat es schon anderswo gelesen, wenn auch selten so elegant und gebündelt wie bei Zakaria. Interessant wären jetzt Vorschläge, wie diese Ideen umzusetzen sind.

Um die weniger friedlichen Seiten amerikanischer Außenpolitik geht es in der tiefeschürfenden Studie von Ken Moss zur modernen Kriegsführung in den USA. Nur ganze fünf Mal hat der US-Kongress in der amerikanischen Geschichte einer anderen Nation den Krieg erklärt, aber weit mehr als 100 Mal wurden Truppen im Ausland eingesetzt. Selbst im Korea-, Vietnam- oder jetzt im Irak-Krieg gab es keine



**Paul Krugman:**  
*Nach Bush. Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokraten.* Frankfurt: Campus 2008, 320 Seiten, 24,90 €



**Fareed Zakaria:**  
*The Post-American World.* New York/London: Norton 2008, 288 Seiten, 25,95 \$. Eine deutsche Ausgabe ist für Februar 2009 beim Siedler-Verlag angekündigt.



Kenneth B. Moss:  
*Undeclared War and the Future of U.S. Foreign Policy.*  
Washington, D.C./  
Baltimore: Woodrow Wilson Center Press / Johns Hopkins University Press 2008, 21.99 \$.

offizielle Kriegserklärung. Seit Theodore Roosevelt Anfang des 20. Jahrhunderts haben die Präsidenten die mangelnde Eindeutigkeit der Verfassung, was Krieg ausmacht und wann er ausgerufen werden soll, genutzt, um ihre Kompetenzen beim Einsatz der Streitkräfte systematisch auszuweiten. Auch internationale Organisationen wie die UN oder die NATO, die Aufstellung von Sondereinsatzkräften und der Rückgriff auf private Sicherheitsfirmen stärken die Stellung des Präsidenten. Moss, Professor an der National Defense University in Washington, D.C., sieht darin zu Recht ein Problem. Bei unerklärten Kriegen werde nämlich der Kongress

umgangen und damit die gründliche Prüfung der schwerwiegenden Entscheidung, mit Waffengewalt gegen andere Staaten oder Gruppen vorzugehen, vernachlässigt. Der Autor fordert deshalb, einen gemeinsamen Ausschuss beider Kongresskammern einzurichten, der über jeden Vorschlag des Präsidenten für einen Militäreinsatz berät und entscheidet.



Prof. Dr. STEPHAN BIERLING lehrt Internationale Politik mit dem Schwerpunkt Transatlantische Beziehungen an der Universität Regensburg.

## Pfeifen im Walde

Warum wir Amerika aller Differenzen zum Trotz brauchen

Hanns W. Maull | **Mit der Autobiografie von Helmut Schmidt und der Festschrift für Christian Hacke liegen zwei Neuerscheinungen zur deutschen Außenpolitik vor. Ihr Fazit fällt ähnlich aus: Statt Visionen ist auch in Zukunft Realpolitik gefragt, und ohne Amerika läuft weiterhin nicht viel.**

Mag Helmut Schmidt seit nunmehr über einem Vierteljahrhundert offiziell als „Bundeskanzler a.D.“ fungieren – außer Dienst hat er sich wohl kaum jemals wirklich gefühlt. In seinem jüngsten Buch zieht er nun eine Bilanz dessen, was er in der Politik gelernt zu haben meint – nicht zuletzt aus eigenen Fehlern. Nüchtern und

praktisch, aber nie nur pragmatisch und zuweilen sehr eindringlich rät der Altkanzler zum unbedingten Vorrang Europas in der deutschen Außenpolitik und warnt vor weltpolitischen Abenteuern. Er plädiert dafür, die Beziehungen zu unseren Nachbarn weiter zu stärken und warnt vor neuen Erweiterungsschritten der EU wie

auch – angesichts des Krieges in Georgien durchaus prophetisch – vor einer Ausdehnung der NATO an die Grenzen Russlands. Eine Ausdehnung, wie sie in Washington diejenigen Kräfte betreiben, die Schmidt ganz offen als „imperialistisch“ bezeichnet.

Überhaupt Amerika: Zwar betont der Autor, die USA würden die Führungsmacht des Westens bleiben, aber seine Begeisterung darüber hält sich erkennbar in Grenzen. Langfristig sei wohl eine Kurskorrektur der amerikanischen Außenpolitik zu erwarten, aber bis dahin „werden wir handlungsunfähigen Europäer uns den übermächtigen USA weitgehend zu fügen haben“. Immerhin sollte sich die Europäische Union wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet, wo sie auch dank des Euro stark ist, um eigene Initiativen bemühen, etwa um eine stärkere Kontrolle und Überwachung der internationalen Kapitalmärkte durch den IWF. Mit Urteilen über seine Nachfolger in der Außen- und Sicherheitspolitik geht Schmidt derweil sparsam um. Immerhin, an einer Stelle schildert er, wie er nach seinen vielen wichtigen Auslandsreisen „außer Dienst“ stets Berichte an das Auswärtige Amt schickte und fügt dann lakonisch hinzu: „Erst als Joseph Fischer ins Amt kam, habe ich diese Praxis eingestellt.“

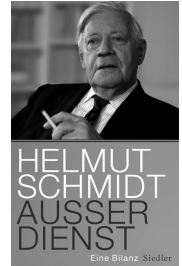
Während das Genre der (Auto-)Biografie unverändert boomt, scheinen Festschriften in der Politikwissenschaft etwas aus der Mode zu kommen. Hier ist eine, die ganz im Sinne der Tradition daherkommt und eine Reihe von Vorzügen aufweist, wenn auch einige Nachteile – von der allzu großen Vielfalt der Beiträge bis zu etlichen vermeidbaren Druckfehlern.

Gewidmet ist der Band einem der herausragenden deutschen Außenpolitikforscher und einem temperamentvollen, zuspitzend formulierenden Kommentator und Analytiker: Christian Hacke. Die Herausgeber haben die Beiträge klug um drei Schwerpunkte gruppiert, die Hackes Wirken immer wieder umkreisen: „Deutschland & Europa“, „Realismus & politisches Denken“ sowie „USA & transatlantische Beziehungen“.

Der mit 14 Beiträgen umfangreichste Teil III des Bandes rundet sich zu einer lesenswerten Zustandsbeschreibung des atlantischen Bündnisses. Amerika ist schwach geworden, und das ist ein großes Problem für Europa, lautet ein zentraler Befund. Gemeinsame Werte und Interessen werden zwar immer wieder beschworen, doch klingt das nach dem Pfeifen des Wanderers im finstern Walde. In keinem der Beiträge allerdings wird die folgenreiche Entwicklung Amerikas hin zu einem neuen nationalen Sicherheitsstaat im „Krieg“ gegen den globalen Terror thematisiert; eine Entwicklung, die in den letzten Jahren die Wertegrundlagen der US-Politik empfindlich zu beschädigen drohte. Erst, wenn sich Amerika unter einem neuen Präsidenten aus dieser unheilvollen Fixierung lösen kann, werden sich wohl die Grundlagen des transatlantischen Bündnisses wieder festigen können.



Prof. Dr. HANNS W. MAULL lehrt Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Außenpolitik und Internationale Beziehungen an der Universität Trier.



**Helmut Schmidt:**  
*Außer Dienst: Eine Bilanz.* München: Siedler 2008, 450 Seiten, 22,95 €



**Volker Kronenberg/ Jana Puglierin/ Patrick Keller (Hrsg.):** *Außenpolitik und Staatsräson, Festschrift für Christian Hacke zum 65. Geburtstag.* Baden-Baden: Nomos 2008, 307 Seiten, 59,00 €